

Rüdiger Hachtmann

### **... vor den Thronen haltgemacht - die Revolution von 1848**

Die Revolution von 1848/49 besaß einen dezidiert gesamteuropäischen Charakter. Sie erfasste den gesamten europäischen Kontinent, selbst Randregionen des Osmanischen Reiches wie die Fürstentümer Moldau und Walachei. Zentren waren neben Frankreich, dem „Mutterland“ der Revolution, die italienischen Staaten, die ungarische wie die österreichische Hälfte des Habsburgischen Vielvölkerstaates, große Teile Polens (vor allem das preußische Großherzogtum Posen und die alte Hauptstadt Krakau) sowie Mitteleuropa. Zu den Ländern Mitteleuropas wiederum, die von der Revolution erschüttert wurden, gehörten neben der Schweiz, die im sogenannten Sonderbundskrieg, einem kurzen Bürgerkrieg im November 1847, als einziger europäischer Staat die demokratische Umwälzung von Gesellschaft und Verfassung auf Dauer erfolgreich abschließen konnte, sämtliche deutschen Staaten. Unberührt von politischen oder sozialen Erschütterungen blieb lediglich das zaristische Russland, das Rückgrat des konservativen Europas.

Die Revolution begann mit Aufständen in Palermo und Neapel und der vorübergehenden Verwandlung des „Königreichs der beiden Sizilien“ in eine konstitutionelle Monarchie im Januar 1848. Diese Ereignisse wurden von den Zeitgenossen ebenso wenig als Auftakt einer europäischen Revolutionswelle gedeutet wie der „Schweif an Konstitutionen“ (Friedrich Engels), den die sizilianische Revolution in den nord- und mittelitalienischen Staaten nach sich zog. Erst die Revolution in Paris am 24. Februar 1848, die dritte nach 1789 und 1830, rief ein gewaltiges Echo in ganz Europa hervor.

Die mitteleuropäischen Märzrevolutionen liefen nach dem Muster einer hauptstädtischen Kettenreaktion ab. Wie drei

Wochen zuvor in Paris wurde am 13./14. März auch in der österreichischen Hauptstadt aus einer Bewegung, die auf Reformen drängte, eine Revolution, nachdem verunsicherte Soldaten auf eine Demonstration aus Studenten und Wiener Bürgern geschossen hatten. Der seit 1815 scheinbar allmächtige Staatskanzler Metternich musste überstürzt fliehen. Unter dem Eindruck der Ereignisse in der österreichischen Hauptstadt formierte sich in Pest (das erst 1873 mit Buda zur ungarischen Hauptstadt verschmolz) eine revolutionäre Bewegung. Junge radikale Intellektuelle verlangten ein von Wien unabhängiges Ministerium, das einem durch allgemeine und gleich Wahlen bestimmten ungarischen Parlament verantwortlich sein sollte, den Abzug sämtlicher österreichischer Truppen aus Ungarn sowie den Aufbau einer eigenständigen ungarischen Nationalarmee. Vom 15. März 1848 bis August 1849 war Ungarn faktisch ein selbständiger Staat.

In Venedig wurden am 17. März politische Gefangene gewaltsam befreit. Bei schweren Kämpfen am 22. März behielten Bürgerwehr und bewaffnetes Volk die Oberhand und zwangen die österreichischen Truppen zum Verlassen der Stadt. Fast zeitgleich wie in Venedig, am 18. März, entwickelte sich in Mailand der Konflikt mit den österreichischen Besatzungstruppen zum bewaffneten Aufstand. Auch hier musste das Militär am 22. März schließlich weichen, nachdem zehntausende Bauern aus den umliegenden Ortschaften und Arbeiter aus den Vorstädten den Eingeschlossenen zu Hilfe geeilt waren.

### *Die Berliner Märzrevolution*

Die Entwicklungen in der ungarischen Reichshälfte und in Norditalien wurden maßgeblich durch den Erfolg der Wiener Märzrevolution bestimmt, die Konstellationen in Preußen und im Deutschen Bund durch die Ereignisse in Berlin. Während in Köln, Breslau, Magdeburg und einigen anderen preußischen Großstädten bereits in den ersten Märztagen auf politischen

Kundgebungen nachdrücklich die Gewährung der sogenannten Märzfreiheiten (vor allem Presse-, Versammlung- und Vereinigungsfreiheit sowie Volksbewaffnung) verlangt wurde, kam es in der preußischen Hauptstadt erst in der zweiten Märzwoche zu anfangs kleinen Versammlungen im Tiergarten, der der damaligen Stadt Berlin vorgelagert war, die rasch großen Zulauf fanden. Wie zuvor in Paris und Wien reagierten die Truppen in der preußischen Hauptstadt übernervös. Zwischen dem 13. und 16. März kam es zu einer Reihe blutiger Übergriffe der Militärs, die mehrere Tote forderte. Auf Seiten des Volks stauten sich Misstrauen und Erbitterung.

Nach längerem Zögern ließ Friedrich Wilhelm IV. in den Morgenstunden des 18. März verkünden, er wolle den ständisch geprägten Vereinigten Landtag, der Ende Juni 1847 auseinandergegangen war, „beschleunigt“ einberufen. Von freien, allgemeinen und gleichen Wahlen zu einem konstituierenden Landesparlament sprach er nicht. Die Abschaffung der Zensur und ein neues Pressegesetz sowie die Errichtung einer Bürgerwehr stellte der König lediglich in Aussicht.

Am Vormittag des 18. März versammelte sich eine größere Menge vor dem Stadtschloss, die bis 14 Uhr auf etwa zehntausend Menschen answoll: vorne "die besseren Stände, nur Cylinderhüte und dunkle bürgerliche Anzüge". Gegen 13.30 Uhr erschien der König auf einem der Balkone. Er konnte sich zwar gegenüber der riesigen Menschenmenge akustisch nicht zu Gehör bringen. Aber viele der wohlhabenden Bürger ließen den König angesichts der plakatierten Versprechungen hochleben. An den Ecken der in den Schlossplatz mündenden Straßen, wo sich Menschen aus den Armenvierteln der Stadt versammelt hatten, unter ihnen zahlreiche „Proletarier und Arbeiter“, war die Stimmung dagegen bereits zu diesem Zeitpunkt skeptisch. „Das hilft uns armen Leuten doch alles nichts!“ hörte man aus ihren Reihen rufen.

Zudem sah die weiter anwachsende und vor dem Schlossportal dicht zusammengedrückte Menge deutlicher die in den Vortagen massiv verstärkte Militärbesatzung innerhalb des Schlosses – und erinnerte sich an die blutigen Übergriffe der Vortage. Das Gerücht ging um, dass die Militärpartei um den Prinzen von Preußen ein „Exempel statuieren“ und den aufmüpfigen Berlinern zeigen wolle, wer Herr im preußischen Hause sei. Von zahlreichen Seiten ertönte der Ruf: „Militär weg!“

Statt die Gemüter der Berliner zu besänftigen, setzte sich von der Stechbahn her eine Schwadron Dragoner in Bewegung und schlug mit blankem Säbel auf die immer noch dichtgedrückten Massen ein. Von der anderen Seite marschierte eine Abteilung Infanterie aus dem zweiten Schlossportal heraus und stellte sich kampfbereit auf. Plötzlich fielen zwei Schüsse – die Startschüsse für die anschließenden blutigen Barrikadenkämpfe. Dass die zwei Schüsse durch Ungeschick und nicht willentlich von Soldaten ausgelöst worden sind, wie eine von den Behörden später eingesetzte Untersuchungskommission herausfand, glaubte zu diesem Zeitpunkt niemand. Kaum waren die Schüsse verhallt, flüchtete das Volk in die angrenzenden Straßen hinein, mit (wie Zeitgenossen formulierten:) „zornglühenden Mienen gen Himmel Rache schreiend“, und unter dem Ruf „Verrat! Man mordet das Volk! Zu den Waffen!“. Die Barrikadenkämpfe selbst sind ausführlich insbesondere in der Wolff'schen Revolutionschronik geschildert worden.

Am Nachmittag, etwa zwischen 16 und 17 Uhr, begannen die Kämpfe. In der Nähe des Stadtschlosses sind zunächst nur vereinzelte Schüsse zu hören. Sie verstärken sich bald zu einem heftigen Dauerfeuer. Zwischen 18 und 19 Uhr beginnen die Truppen außerdem auf den wenigen breiten Boulevards in der Stadtmitte Artillerie einzusetzen, um in deren Schutz die

Infanterie vorrücken zu lassen. Zügig voran kamen sie allerdings auch dadurch nicht.

Die mondhelle Nacht wurde von einem ungeheuren Getöse erfüllt. Gewehrschüsse und Kanonendonner hallten, Detonationen waren nah und fern zu hören, Trommeln wirbelten, Menschen schrien, Kirchenglocken läuteten ununterbrochen Sturm. Verantwortlich für das Blutbad, dass auf Seiten der Barrikadenkämpfer fast dreihundert Tote (davon 86% aus den Unterschichten) forderte, waren in erster Linie die Truppen. Den Widerstand der Berliner konnten sie allerdings nicht brechen. Die Militärführung musste im Laufe der Nacht einsehen, dass der Kampf militärisch nicht zu gewinnen war. In den Armenvierteln, die sich wie ein nicht geschlossener Ring um die Innenstadt legten, mit schmalen Straßen und zahllosen verwinkelten Gässchen, konnten weder Artillerie noch Kavallerie wirkungsvoll eingesetzt werden. Hier wurden auch die meisten und die am besten befestigten der insgesamt 921 Barrikaden errichtet.

Den etwa 15.000 Soldaten standen schätzungsweise fünf- bis sechstausend Menschen auf den Barrikaden gegenüber. Zahllose weitere Berliner wollten sich an den Kämpfen beteiligen, mussten sich allerdings zunächst mit einer passiven Rolle bescheiden, weil nicht genügend Waffen vorhanden waren. Das änderte sich seit den frühen Abendstunden, nachdem Aufständische das Zeughaus der Landwehr und mehrere Wachen gestürmt hatten und Zinngießer während der Nacht tausende Kugeln gossen. Auch an Pulver fehlte es nicht, nachdem die Kaufleute ihre Vorräte herausgegeben hatten und einige Pulverkästen des Militärs an der Stadtmauer erobert worden waren.

Dank der Eisenbahn war die Nachricht über die Berliner Ereignisse rasch in die Provinzen gedrungen. In einigen umliegenden Dörfern und Kleinstädten wie Luckenwalde, aber auch in weiter entfernten größeren Städten wie Frankfurt a.d.O.,

Magdeburg, Stettin und Breslau fanden sich Hunderte bewaffnete Bürger nach dem Eintreffen erster Informationen über die Ereignisse in der Hauptstadt auf den Bahnhöfen ein, um den kämpfenden Berlinern zu Hilfe zu eilen. Die preußische Militärführung hätte ihrerseits zwar frische Truppen aus Garnisonen anderer Städte herbeiholen können. Aber dann hätte sich der auf Berlin beschränkte Aufstand – das war dem Oberbefehlshaber General v. Prittwitz klar – zu einem revolutionären Flächenbrand auf ganz Preußen ausgeweitet.

Angesichts dessen gab Friedrich Wilhelm IV. in dem am folgenden Morgen an allen Straßenecken angeschlagenen Aufruf „An meine lieben Berliner“ sein „Königliches Ehrenwort, daß alle Straßen und Plätze sogleich von den Truppen geräumt werden sollen“. Das war das Klügste, was die politische und militärische Führung Preußens in der verfahrenen Situation tun konnte. Bei länger anhaltenden Kämpfen wären die Grundfesten der Monarchie erschüttert worden. Das Einlenken Friedrich Wilhelms IV. hat den Hohenzollerthron gerettet.

Am 19. März, um die Mittagszeit, strömte aus allen Teilen der preußischen Hauptstadt das Volk Richtung Stadtschloss. Mehr als 150 Leichen der zum Teil bös entstellten Barrikadenkämpfer waren auf zahlreichen Leiterwagen gebettet, geschmückt mit grünen Zweigen und Blumen. Schließlich standen zehntausende Demonstranten und Schaulustige dichtgedrängt auf dem Schlossplatz. Kurz nach 14 Uhr betrat der Preußenkönig Friedrich Wilhelm IV. mit aschgrauem Gesicht einen Balkon des Berliner Stadtschlosses. Zunächst Totenstille. Dann erst vereinzelte, schließlich zahlreiche wütende Rufe, die an das blutige Geschehen der vergangenen Nacht erinnerten. Als die Menge vehement und lautstark den erschütterten Monarchen aufforderte, seine Kopfbedeckung abzunehmen, entblößte dieser tatsächlich sein Haupt und verneigt sich vor den zahlreichen Leichen, die direkt unter dem Balkon platziert sind.

Der Eindruck, Friedrich Wilhelm IV. habe sich ehrlichen Herzens der „neuen Zeit“ geöffnet, das Rad der Geschichte könne nicht mehr zurückgedreht werden, wurde zwei Tage später vertieft, als der König unter den „alten deutschen Farben“ durch die Straßen in der Nähe des Stadtschlusses ritt. In einer Proklamation vom selben Tage ließ er mitteilen, er habe „für die Tage der Gefahr“ die Leitung „der deutschen Fürsten und Völker“ übernommen. Die in der Erklärung „An Mein Volk und an die deutsche Nation“ enthaltene Formel: „Preußen geht fortan in Deutschland auf“, nährte bei den meisten Liberalen wie Demokraten den Glauben, Friedrich Wilhelm IV. würde sich einer parlamentarischen Monarchie in ganz Deutschland nicht entgegenstemmen. Nur wenige kritische Zeitgenossen wie der Radikaldemokrat Rudolf Virchow durchschauten, dass die „nationale Demonstration“ des Königs „ein großer politischer Streich“ zur Beruhigung der aufgeregten Gemüter war. Die meisten Bewohner der Preußenmetropole hielten den König lediglich „für schlecht beraten, aber doch von gutem Willen beseelt und zweifelten nicht, daß alles sehr gut gehen würde“, so der später prominente Nationalliberale Victor v. Unruh in seinen Erinnerungen. „Viele bedauerten ‚den guten König‘. Er hat uns recht leid getan, er sah doch sehr niedergeschlagen aus“, habe man vielerorts äußern gehört.

Außerhalb Preußens und Deutschlands rief das naive Vertrauen der Berliner in den Hohenzollernmonarchen erstauntes Kopfschütteln hervor. Der Schweizer Weber und Kleinbauer Johann Ulrich Furrer, der freilich niemals eines Fürsten Untertan war, vertraute seinem Tagebuch an, was er von den Bürgern der preußischen Hauptstadt hielt. Bei jenen sei „es, wie mir scheint, mit dem was man Verstand nennt, noch nicht weit her, das beweisen die Lebehoche für den König. In der Schweiz, glaube ich, hätte man es anders gemacht: Einem Mann, der vor wenigen Augenblicken noch Befehl gab, das Volk niederzuhauen, würde man nicht mit Vivatrufen, sondern mit Kugeln berauschen. Aber die einfältigen Leute glauben,

dass die ganze Welt zugrunde ginge, wenn keine solchen Herren von Gottes Gnaden existieren würden.“ Die Berliner waren freilich nicht die einzigen, die ihren politischen „Verstand“ erst entwickeln mussten. Von Frankreich und der Schweiz abgesehen machte „die Revolution“ überall in Europa vor den Thronen Halt. In den deutschen Staaten war Friedrich Hecker im April 1848 mit seinem badischen Freischarenzug unter dem Ruf: „Sieg oder Tod für die deutsche Republik!“ frühzeitig gescheitert. Erst die offene Gegenrevolution seit Herbst 1848 ließ die Sympathie für die Staatsform der Republik in ganz Deutschland stark werden.

### *Bauernrevolten und Katzenmusiken*

Ohne starke Agrarbewegungen hätte die Revolution in Gesellschaften, die bis weit in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts hinein ländlich geprägt blieben, nicht die Wucht entfalten können, die sie zumindest anfangs besessen hat. In ganz Europa beschleunigten vielfach ausgesprochen gewalthafte Agrarrevolten den vorübergehenden Sturz der alten Regime.

Schwerpunkte der ländlichen Rebellionen lagen im Süden und Südwesten Deutschlands. Sie begannen in den ersten Märztagen, deutlich vor der Berliner Märzrevolution, im badischen Odenwald und im Schwarzwald, Gebieten mit ausgeprägt ländlicher Überbevölkerung, in denen überdies die Bauernbefreiung nur unzureichend durchgeführt worden war. Schon bald weiteten sich die spontanen, nicht koordinierten und zu meist lokal beschränkten Unruhen auf den hessischen Odenwald, nach Bayern und in württembergische Regionen aus. Die Bauern versammelten sich oft zu Tausenden zu Kundgebungen und Protestzügen, setzten Schultheißen unter Gewaltandrohung ab und verjagten Forstbeamte. Eine ganze Reihe von Schlössern wurde niedergebrannt, zahlreiche Rentämter geplündert, Grundbücher, Lastenverzeichnisse und Schuldurkunden vernichtet. Nicht zufällig deckten sich die



Zentren der Agrarrevolten von 1848 mit den Hauptschauplätzen des Bauernkrieges von 1525. Forderungen nach Aufhebung der noch geltenden feudalen Bindungen, Reform der Gerichtsbarkeit, Beseitigung des adeligen Jagdrechts auf bäuerlichem Grund und Boden und Bewilligung größerer Holzkontingente für die Dorfgemeinden formulierten die revoltierenden Bauern teilweise in bewusster Anlehnung an die „Zwölf Artikel“ von 1525.

Von Südwestdeutschland und Hessen sprang der Funke der Agrarrevolten zunächst auf Schlesien, wenig später auf die westlichen, teilweise von großflächigen Standesherrschaften geprägten Regionen des Königreichs Sachsen sowie auf die thüringischen Kleinstaaten über. In deutlich geringerem Umfang wurden Teile Norddeutschlands zum Schauplatz ländlicher Proteste. Innerhalb Preußens waren neben Schlesien die Rheinprovinz sowie Westfalen, daneben die Provinzen Sachsen und Pommern Schwerpunkte der Bauernunruhen. Vereinzelt kam es auch in Brandenburg sowie den beiden Großherzogtümern Mecklenburg-Strelitz und Mecklenburg-Schwerin zu Agrarprotesten.

Bis Mitte 1848 verebbten die gewaltsamen Agrarproteste weitgehend, nachdem die Regierungen den Forderungen der Bauern nachgaben und die noch bestehenden bäuerlichen Naturalabgaben und persönlichen Verpflichtungen entschädigungslos oder zu günstigen Bedingungen aufhoben, ebenso einige andere adelige Privilegien wie das Jagdrecht auf bäuerlichem Boden. Dahinter stand die Absicht, den Aufruhr auf dem Lande einzudämmen und vor allem die mittleren und großen Bauern zu Verbündeten der Krone zu machen. Dieses Kalkül ging allerdings nur teilweise auf. Denn entgegen der landläufigen Ansicht vom bodenständigen bäuerlichen Konservatismus wechselte keineswegs die gesamte agrarische Bevölkerung in das konservative Lager. Auch weite Teile der Landbevölkerung verzichteten indes, wenn sie ihre Unzufrie-

denheit artikulieren wollten, auf gewaltsame Protestaktionen und „modernisierte“ ihr Politikverhalten, indem sie in zahllosen Petitionen an die Parlamente ihre Forderungen artikulierten und sich der Organisationsform des Vereins bediente, um eigene Ziele durchzusetzen.

In den rheinischen Regionen, in Nordbayern, Teilen Badens und Sachsens, in Thüringen, in den anhaltischen Herzogtümern und selbst in einigen Kernregionen Preußens schloss sich ein beträchtlicher Teil der männlichen Agrarbevölkerung, in vielen kleinen Gemeinden und manchmal ganzen Landstrichen sogar Mehrheiten, der „demokratischen Partei“ an. Die teilweise überwältigenden Wahlerfolge, die die Demokraten seit Herbst 1848 in einer Reihe deutscher Staaten wie Sachsen, Anhalt, einigen thüringischen Staaten und Baden einfuhren, lassen sich nur dadurch erklären, dass breite ländliche Schichten den Stimmzettel als politische Waffe entdeckt hatten.

Hauptschauplätze der Revolution blieben jedoch die Städte. Nach den Märzrevolutionen waren die Straßen und öffentlichen Plätze weit belebter als zuvor. Man genoss es, sich über politische Dinge unterhalten und seinem Ärger über behördliche Schikanen lautstark Luft machen zu können, ohne dass Gendarmen einschritten. Die Straßenecken waren über und über mit großflächigen politischen Plakaten bedeckt. Davor sammelten sich Mensentrauben, die das Gelesene erregt diskutierten und häufig genug heftig miteinander stritten. Allerorten entstanden „politische Ecken“, in Berlin der „Lindenklub“ an der Ecke Friedrichstraße/Unter den Linden. Rhetorische Talente aus dem einfachen Volk hielten Reden, die (wie der Berliner Journalist Robert Springer 1850 formulierte) „populär wie Knoblauchwürste und berauschend wie Kümmelschnaps“ sein konnten. In kleinen Orten wurde das Wirtshaus, traditionell das wichtigste Zentrum der dörflichen und kleinstädtischen Geselligkeit, zum Sammelpunkt der „einfachen

Leute“. Wirtshäuser und „politische Ecken“ wiederum bildeten oft den Ausgangspunkt für ‚Katzenmusiken‘ oder ‚Charivari‘. Das waren ohrenbetäubende Spektakel, „höllische Concerte“, mit denen man ungeliebten Personen aufspielte. Insbesondere im Sommer 1848 wurden meist städtische oder staatliche Honoratioren, manchmal aber auch weniger prominente Bürger von einem regelrechten „Katzenmusikfieber“ heimgesucht.

### *Frühe Parteien*

Die nach den Märzrevolutionen unbeschränkte Meinungsfreiheit ließ einen Zeitungsmarkt ohnegleichen entstehen. Vor allem aber schossen Klubs wie Pilze während eines feuchten Herbstes aus dem Boden. Überall in Europa entstand im Frühjahr 1848 ein breitgefächertes Spektrum an politischen Vereinen, die in ihrem Selbstverständnis und ihrem organisatorischen Aufbau bereits beträchtliche Ähnlichkeiten mit den heutigen modernen Parteien zeigten. Allein in Paris existierten mehr als zweihundert Klubs unterschiedlichster politischer Färbung, in Berlin – nicht einmal halb so groß wie Paris – immerhin hundertfünfzig. 1848 und 1849 waren, so ist geschätzt worden, in den deutschen Staaten prozentual mindestens dreimal so viele (männliche) Erwachsene organisiert wie heute in den „Volksparteien“. Diese frühen Parteien bestimmten das politische Leben in den Städten und selbst in vielen dörflichen Gemeinden.

Die meisten Mitglieder, nämlich um die Jahreswende 1848/49 etwa 750 000, zählten die Demokraten. Die liberalen Klubs, die im Unterschied zu den Demokraten eine rein städtische Bewegung blieben, brachten es auf gut 100 000 Mitglieder. Zahlenmäßig etwas schwächer waren die Konservativen und der politische Katholizismus. Die Zahl der in der frühen Arbeiterbewegung aktiven Mitglieder dürfte bei ungefähr 50 000 gelegen haben. All dies sind Schätzungen. Zudem gab es zwischen diesen frühen Parteien zahlreiche Überlappungen und

Grauzonen. Programmatisch einte Liberale und Demokraten, dass sie die Versammlungs-, Vereinigungs- und Meinungsfreiheit in den Verfassungen festschreiben, außerdem die Trennung von Staat und Kirche durchsetzen wollten und sich darin einig waren, dass die Privilegien des Adels aufgehoben und die Armeen nicht mehr auf den jeweiligen Landesfürsten, sondern auf die Verfassung vereidigt werden sollten. Im Mittelpunkt der politischen Aktivitäten der *Liberalen* – nicht nur in Deutschland – stand die nationale Einigung. Diesem Ziel ordnete eine liberale Mehrheitsströmung freiheitliche Forderungen seit dem Spätsommer 1848 auch deshalb zunehmend unter, weil sie den „Pöbel“, also die politisierten Unterschichten in Stadt und Land fürchtete.

Die proletarischen Schichten in den Städten und die unterbäuerliche Bevölkerung auf dem Lande dagegen litten unter einer Marktwirtschaft, die sich ungebremst entfaltete und auf „soziale Folgekosten“ keine Rücksicht nahm. Sie forderten (wie man heute sagen würde:) sozialstaatliche Sicherungen und eine Sozialbindung des Eigentums. Mit den Prinzipien der meisten Liberalen war dies unvereinbar. Ihre Politik lief darauf hinaus, den „Pöbel“ in die Schranken zu weisen. Dieses Ziel rückte für die liberale Mehrheitsströmung in dem Maße in den Vordergrund, wie sich die von Demokraten und Sozialisten geprägte Revolutionsbewegung radikalisierte und in den Unterschichten immer stärker Fuß fasste. Viele Liberale favorisierten deshalb ein parlamentarisches Zwei-Kammer-System, d.h. zusätzlich zu einem Unterhaus ein Herrenhaus mit Abgeordneten nur aus dem Adel und den neuen bürgerlichen Eliten oder ein Zensuswahlrecht, das nur den wohlhabenderen Bürgern die Teilnahme an Parlamentswahlen erlaubt und alle Gesellen, Fabrikarbeiter, Tagelöhner, Hausboten, Handlungsdienner sowie weitere Sozialgruppen, die von der Armenfürsorge lebten, ausgeschlossen hätte. Damit konnten sie sich im Revolutionsjahr jedoch noch nicht durchsetzen.

Die *Demokraten* dagegen forderten ein parlamentarisches Ein-Kammer-System, das aus allgemeinen, gleichen und direkten Wahlen hervorgehen und mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattet sein sollte. Zwar wollten auch sie die nationale Einigung, aber nicht um jeden Preis. Umstritten war unter den Demokraten in Deutschland, wie man sich zur Monarchie stellen sollte. Während in Frankreich das Bekenntnis zur Republik selbstverständlich war, votierten in den deutschen und den meisten anderen europäischen Staaten viele Demokraten jedenfalls anfangs pragmatisch für die konstitutionelle Monarchie.

Gespalten waren die Demokraten außerdem entlang der „sozialen Frage“. Für die meisten von ihnen spielten soziale oder sozialistische Theorien keine Rolle. Sie gingen davon aus, dass - wenn erst das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht verwirklicht worden sei – über kurz oder lang auch die „soziale Frage“ gleichsam automatisch gelöst würde. Das Ausformulieren sozialpolitischer Lösungsvorschläge schoben viele Demokraten der frühen Arbeiterbewegung zu. Erste größere Arbeitnehmerorganisationen entstanden im April 1848 in Köln, Berlin sowie im sächsischen Industrieraum mit dem Zentrum Leipzig – parallel zu einer noch ständisch geprägten Handwerkerbewegung, die ihre Schwerpunkte im südwestdeutschen Raum besaß. Im Spätsommer schlossen sich die frühen Arbeiterorganisationen in Deutschland zur „*Arbeiterverbrüderung*“ zusammen – einer eigentümlichen Melange aus früher Arbeiterpartei, Selbsthilfeorganisation und Gewerkschaft. Obwohl führende Mitglieder lokaler Arbeiterorganisationen und dann der „Arbeiterverbrüderung“ dem „Bund der Kommunisten“ angehörten, zielten diese in Deutschland nicht unmittelbar auf eine Neuordnung der Eigentumsverhältnisse nach sozialistischen Prinzipien. Für die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft schien die Zeit noch nicht reif, weil die Industrialisierung noch in den Anfängen steckte; der Sozialismus sollte lediglich langfristig angesteuert werden.

Auf der Tagesordnung standen die konkrete Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Unterschichten und die Organisation finanzieller und moralischer Unterstützung für die Gesellen und Arbeiter, die die Arbeit niedergelegt hatten, um eine Erhöhung der niedrigen Einkommen, eine Verkürzung der oft horrend langen Arbeitszeiten, Schutz vor Arbeitgeberwillkür oder auch bereits Mitsprache in betrieblichen Angelegenheiten durchzusetzen. Andere programmatische Forderungen der Arbeiterverbrüderung wie die nach der Abschaffung indirekter Steuern und der Einführung einer progressiven Einkommenssteuer dienten dazu, den modernen Industriekapitalismus „sozialverträglich“ abzufedern, oder zielten auf eine Art soziale Grundsicherung für erwerbslose, alte und kranke Arbeitnehmer. Neben weiteren Forderungen wie der nach unentgeltlichem Schulunterricht stand ein grundgesetzlich verankertes „Recht auf Arbeit“ sowie die Errichtung eines „Ministeriums für Arbeiter“ auf der Agenda der frühen Arbeiterbewegung – nach dem Vorbild der Ende Februar 1848 errichteten französischen Republik.

Der stete Blick über den nationalen Tellerrand, insbesondere die entschiedene Parteinahme für die radikale europäische Linke war überhaupt ein markantes Kennzeichen der frühen Arbeiterbewegung: „Wir haben das Recht, Partei zu nehmen für unsere unterdrückten Brüder, seien es Deutsche, seien es Franzosen oder Engländer“, erklärte Stephan Born, 1848 unumstrittene Führungsfigur der deutschen Arbeiterbewegung und Anfang September zum Präsidenten der Arbeiterverbrüderung gewählt, unter dem Eindruck der Pariser Junirevolution in der französischen Hauptstadt. „Die Arbeiter trennt kein Unterschied der Sprache, keine Landesgrenze, sie haben Alle nur ein Interesse, die Befreiung aus den Fesseln der Geldherrschaft, sie haben Alle einen Unterdrücker, und das macht sie gleich und vereinigt sie, sie müssen insgesamt ihn stürzen, denn keiner von ihnen kann frei sein, wenn es nicht Alle sind.“

Die frühe Arbeiterbewegung blieb die einzige größere politische Strömung, die (mindestens) in europäischen Dimensionen dachte. Immerhin gab es auch viele Demokraten, die von einem durch nationale Rivalitäten nicht zerrissenen Europa ohne Kriege träumten. Während des kurzen Zeitraums von 1848 bis 1851 fanden immerhin vier größere internationale Friedenskongresse statt. Auf einem dieser Kongresse, Ende August 1849 in Paris, prägte der berühmte Schriftsteller Victor Hugo das Wort von den „Vereinigten Staaten von Europa“ ohne Krieg und nationalistische Rivalität. Viele Liberale zeigten sich dagegen anfällig für nationalistische Ressentiments.

Auch die *Konservativen* formierten sich seit Sommer 1848 als Massenpartei. Sie wünschten sich Verhältnisse zurück, wie sie vor den Februar- und Märzrevolutionen bestanden hatten. Stark waren sie vor allem in der Hohenzollernmonarchie. Kleinere konservative Vereinsbewegungen entstanden außerdem im Münchner Raum sowie in denjenigen Teilen Sachsens, die Preußen benachbart waren. Neben dem Konservativismus im engeren Sinne entstand mit den insgesamt etwa vierhundert Piusvereinen, benannt nach Pius IX., der seit 1846 das Pontifikat innehatte, ebenfalls 1848 auch der frühe *politische Katholizismus*.

Schaut man sich die soziale Zusammensetzung der ‚Parteien‘ an, waren vor allem die liberal-konstitutionellen und die konservativen Vereine „bürgerlich“ in einem weitgefassten Sinn. Die Piusvereine wiederum, zumeist vom Ortspfarrer gegründete Organisationen, waren in sozialer Hinsicht häufig ein Querschnitt der Bevölkerungsstruktur der Städte, in denen sie entstanden. Sie waren, wenn man so will, frühe Volksparteien. Die soziale Zusammensetzung der demokratischen Klubs wiederum unterschied sich erheblich je nach Region und Ort. In vielen Großstädten stellten Arbeiter und Gesellen die überwiegende Mehrheit der Mitglieder. Führend waren freilich auch in den Organisationen der demokratischen Linken junge

Bildungsbürger: Studenten, Ärzte und Lehrer, die das Examen noch nicht lange hinter sich hatten, sowie brotlose Journalisten und Schriftsteller – ein frühes akademisches Proletariat.

Stärker noch als in ihrem sozialen Profil unterschieden sich die einzelnen ‚Parteien‘ nach dem Alter ihrer Mitglieder. Junge Leute schlossen sich der Linken an. Das ältere bürgerliche „Establishment“ neigte den Liberalen oder Konservativen zu. Anders und zugespitzt formuliert: Die Revolution von 1848/49 ist in Deutschland – und den meisten europäischen Staaten – zugleich eine, von einem scharfen Generationskonflikt geprägte, antiautoritäre Jugendrevolte gewesen. Es waren vor allem Jugendliche, die im Frühjahr 1848 in Paris, Wien, Berlin und auf anderen Revolutionsschauplätzen die Barrikaden gegen das Militär verteidigten. Und auch die Vorstände der demokratischen Vereine waren im Schnitt erheblich jünger als die der liberalen oder gar konservativen Organisationen

Die Revolutionsbewegung war nicht nur jung, sondern auch – männlich. Alle politischen Klubs waren eine Domäne des vorgeblich „starken Geschlechts“, ebenso „selbstverständlich“ die Parlamente. Zwar wurden im Revolutionsjahr zahlreiche, vor allem (bürgerliche) demokratische Frauenvereine gegründet. Diese Vereine unterschieden sich jedoch erheblich von den „eigentlichen“ politischen Klubs, in denen nur Männer Mitglied werden durften. Der Schritt in eine begrenzte politische Öffentlichkeit wurde dem weiblichen Geschlecht auch von männlichen Demokraten nur gestattet, wenn dies mit der den Frauen zugewiesenen, vorgeblich „natürlichen“ Rolle als Hausfrauen und Mütter übereinstimmte. Toleriert wurden beispielsweise Hilfsvereine für gefangene oder verwundete Revolutionäre, wie sie vor allem 1849 in zahlreichen südwestdeutschen Städten gegründet wurden. Die Betreuung der Familien Gefangener oder die Versorgung Verwundeter passte in das Bild mütterlicher Fürsorge, ebenso Suppenküchen oder Sammlungen für notleidende Mitbürger. Außerdem „durften“



sich Frauen mit Fragen der Erziehung zur Freiheit beschäftigen und für die Gründung von Kindergärten werben. „Erlaubt“ war zarten weiblichen Händen schließlich, Fahnen zu bestücken - für Männervereine oder die Bürgerwehren, die seit der Märzrevolution für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zuständig waren; denn auch dies knüpfte an haushälterische, also „natürliche“ weibliche Tätigkeiten an.

Frauen, die sich nicht auf diese Rolle beschränken lassen wollten, waren Ausnahmen. Anders Frauen aus den Unterschichten: Sie beteiligten sich an Großdemonstrationen und ebenso an Katzenmusiken, Marktumulten und anderen Sozialprotesten. Im März standen sie in Berlin, im Oktober in Wien auf den Barrikaden. Dennoch ist die Revolution von 1848/49 eine männliche Revolution geblieben. Die Frauenemanzipation stand nicht auf der Tagesordnung.

Demgegenüber kam die Emanzipation der Juden im Revolutionsjahr weiter voran, trotz antijüdischer Krawalle in einigen kleineren Orten im Südwesten Deutschlands im Frühjahr 1848. Zwar blieb der Abschluss der verfassungsrechtlichen Emanzipation den deutschen Juden 1848/49 noch vorenthalten. Praktisch jedoch hatten sich die Juden bereits im Revolutionsjahr emanzipiert. Zahlreiche Juden saßen in der Deutschen Nationalversammlung und den Länderparlamenten - gewählt überwiegend von nicht-jüdischen Wählern, die damit eindrucksvoll zeigten, dass sie die Juden als politisch gleichberechtigt akzeptierten.

### *Licht und Schatten: die Frankfurter Paulskirche*

Das wichtigste deutsche Parlament, die nach einem allgemeinen und gleichen Wahlrecht gewählte Deutsche Nationalversammlung, trat am 18. Mai 1848 in der Paulskirche in Frankfurt am Main zusammen. Die Abgeordneten erlernten parlamentarische Gepflogenheiten rasch. Auch Fraktionen fanden

sich relativ schnell zusammen. Die Rechte nannte sich nach dem „Café Milani“ und zählte im Sommer 1848 sechs Prozent aller Abgeordneten in ihren Reihen. Das rechte Zentrum kam auf insgesamt 34% sämtlicher Parlamentsmitglieder und besaß damit in den meisten Fragen eine Sperrminorität. Das linke Zentrum („Württembergischer Hof“ und „Westendhall“) stellte 13% aller Abgeordneten. Die Linke war zweigeteilt: in den „Deutscher Hof“ mit 8% und den radikaleren „Donnersberg“ mit 7%.

Die größte Leistung der Paulskirche war ohne Zweifel die Reichsverfassung. Im Zentrum des von den Paulskirchenabgeordneten erarbeiteten Grundrechtekatalogs stand die Sicherstellung der persönlichen Freiheit - also die Vereinigungs-, Versammlungs-, Meinungs- und Glaubensfreiheit, die Unverletzlichkeit der Wohnung sowie die Wahrung des Briefgeheimnisses. Für grundlegende soziale Reformen, die die vielfach elenden Verhältnisse der niederen städtischen Sozialschichten substantiell verbessert hätten, fand sich dagegen in der Paulskirche keine Mehrheit. Ein „Recht auf Arbeit“ nach französischem Vorbild wollte die liberale Mehrheit der Abgeordneten schon gar nicht in die Verfassung aufnehmen.

Am 27. März 1849 wurde die Reichsverfassung von einer knappen Mehrheit der Abgeordneten der Paulskirche angenommen. Am selben Tag entschieden sich die Abgeordneten für das Erbkaisertum. Einen Tag später wählte eine Mehrheit der Abgeordneten Friedrich Wilhelm IV. zum deutschen Kaiser. Der Preußenkönig wiederum lehnte diese Krone aus "Dreck und Letten", wie er sie bereits Ende 1848 abwertend bezeichnet hatte, einen Monat später definitiv ab. Damit war auch das Schicksal der Reichsverfassung vorgezeichnet. Sie wurde zwar von einer Reihe deutscher Staaten anerkannt, nicht jedoch von den beiden Hegemonialstaaten Österreich und Preußen - und das war entscheidend. Gültigkeit hat die erste deutsche Verfassung von 1849 nie erlangt.

Über den Leistungen der Paulskirche dürfen die Schatten nicht übersehen werden, die die Deutsche Nationalversammlung auch warf. Fatal war, wie manche ihrer Mitglieder mit der „deutschen Frage“ umgingen. Bei vielen Abgeordneten verband sich das Streben nach nationaler Einheit 1848 mit einer Haltung, die anderen Nationen das Recht auf staatliche Selbständigkeit absprach. Der Schriftsteller und Abgeordnete Wilhelm Jordan beispielsweise wies während der sogenannten Polendebatte am 24. Juli 1848 den von der Linken eingebrachten Antrag, dem seit Ende des 18. Jahrhunderts unter den drei europäischen Großmächte Russland, Österreich und Preußen aufgeteilten Polen die nationale Souveränität zuzugestehen, als „schwachsinnige Sentimentalität“ zurück. In Deutschland sei es „hohe Zeit“, die „träumerische Selbstvergessenheit und Schwärmerei für alle möglichen Nationalitäten“ abzulegen und einen „gesunden Volksegoismus“ zu entwickeln. „Die Übermacht des deutschen Stammes gegen die meisten slawischen Stämme“ gehöre, so Jordan apodiktisch, zu den „naturhistorischen Tatsachen“. Diejenigen, die für das nationale Selbstbestimmungsrecht der Polen einträten, halte er „mindestens für unbewusste Volksverräter“. Jordan sprach offenbar für große Teile der Deutschen Nationalversammlung. Seine Rede jedenfalls endete unter „andauerndem stürmischen Beifall“.

Nationalismus macht blind. Was Jordan und andere den Polen verweigerten, das Recht auf nationale Selbstbestimmung, nahm man für die Deutschen in Schleswig selbstverständlich in Anspruch. Die allerdings kämpften genauso vergeblich um den Anschluss an einen deutschen Nationalstaat wie die Polen für die ihnen bis 1918 vorenthaltene staatliche Souveränität. Nachdem die in Schleswig-Holstein lebende deutsche Bevölkerungsmehrheit mit einer nationalen Erhebung auf die förmliche Annexion Schleswig durch den dänischen König am 21. März 1848 reagierte hatte, konnten sich preußisch-deutsche Truppen im Frühjahr 1848 militärisch zwar weitge-

hend durchsetzen. Aber die europäischen Großmächte England und Russland intervenierten zugunsten der dänischen Krone. Daraufhin schloss Preußen gegen den Willen der Paulskirche den Krieg mit Dänemark am 26. August eigenmächtig mit einem Waffenstillstand ab.

Die Wogen der nationalen Erregung über die als „Vaterlandsverräter“ gebrandmarkten Preußen schlugen hoch. Dabei hätte der Konflikt eigentlich einvernehmlich gelöst werden können: Die Engländer schlugen eine Teilung Schleswig nach dem Nationalitätenprinzip vor. Das überwiegend dänischsprachige Nordschleswig sollte zu Dänemark, die restlichen zwei Drittel Schleswigs zum Deutschen Bund kommen. Davon wollten jedoch alle Fraktionen der Deutschen Nationalversammlung nichts wissen; sie lehnten am 4. September 1848 den Waffenstillstand ab. Keine zwei Wochen später sahen sich die Parlamentarier in der Paulskirche unter dem Druck der tatsächlichen Machtverhältnisse dann allerdings doch gezwungen, dem Waffenstillstand zuzustimmen – und brachten nun weite Teile der deutschen Öffentlichkeit gegen sich auf.

Nationalismus, der die Rechte nationaler Minderheiten nicht achtete, war keine deutsche oder dänische Eigenheit. Die ungarische Freiheitsbewegung beanspruchte 1848/49 die ganze östliche Hälfte der Habsburgermonarchie, ein Gebiet, in dem die Magyaren mit etwa vierzig Prozent zur ethnischen Minderheit geworden wären.

### *Das Scheitern der Revolution*

Der kurze Traum vom Völkerfrühling Anfang 1848 schlug schon bald in einem Alptraum widerstreitender, aggressiver Nationalismen um. Daran sind die europäische und die deutsche Revolution letztendlich gescheitert. Es fiel den gegenrevolutionären alten Mächten leicht, die verschiedenen Nationen gegeneinander auszuspielen.

Die Enttäuschung darüber, dass die Fürsten und ebenso die liberalen Märzministerien zu grundlegenden politischen und sozialen Reformen nicht bereit waren und die Märzerrungenschaften schon bald wieder kräftig zurückstutzten, radikalisierte seit dem Spätsommer 1848 breite Bevölkerungsschichten. Republikanische Strömungen gewannen zusehends an Boden. Das Aufbäumen gegen „Conterrevolution“ und „Reaction“ erfolgte jedoch zu spät, in Deutschland und ebenso in den anderen europäischen Ländern.

Die Pariser Junirevolution, ein kurzer, aber äußerst blutiger Bürgerkrieg in Paris vom 22. bis 26. Juni 1848, kostete mindestens dreitausend Aufständische das Leben. Der Sieg der liberalkonservativen „Partei der Ordnung“ bereitete der Revolution in Frankreich faktisch das Ende. Am 10. Dezember wurde Louis Bonaparte, ein Neffe Napoleons I., mit großer Mehrheit zum Präsidenten der französischen Republik gewählt, drei Jahre später zum französischen Kaiser Napoleon III. gekürt.

Wien, das sich im Oktober zu einer zweiten Revolution erhoben hatte, wurde bis Ende des Monats durch 70 000 Mann starke österreichische Truppen unter dem Feldmarschall Fürst Windischgrätz blutig unterworfen. Die Revolutionsbewegung zählte mehr als zweitausend Tote. Damit hatte die Gegenrevolution im deutschsprachigen Österreich gesiegt. Zugleich nutzte die Habsburger Monarchie die Gelegenheit, die Autorität der Paulskirche gezielt zu demontieren: Die Deutsche Nationalversammlung hatte im Oktober den sächsischen Abgeordneten Robert Blum, den Wortführer der gemäßigten Demokraten, in die österreichische Hauptstadt geschickt, um den Konflikt friedlich beizulegen. Das war unmöglich. Blum beteiligte sich schließlich auf Seiten der Aufständischen an den Kämpfen. Als Parlamentarier genoss Blum eigentlich gesetzliche Immunität. Dennoch wurde er am 9. November erschossen. Deutlicher konnten die wiedererstarkten Habsburger ihre

Missachtung des Parlaments in der Frankfurter Paulskirche kaum demonstrieren.

Der Erfolg der österreichischen Gegenrevolution gab den Startschuss für die preußische Gegenrevolution. Am 2. November setzte Friedrich Wilhelm IV. ein „Ministerium der Reaction“ ein, mit seinem Onkel, dem Grafen Brandenburg, an der Spitze. Am 8. November ließ der Hohenzollernmonarch der Preußischen Nationalversammlung mitteilen, sie würde vertagt und in die Stadt Brandenburg verlegt. Eine Mehrheit der Abgeordneten weigerte sich zwar, diesem Staatsstreich nachzukommen. Die vom Monarchen selbst autorisierten verfassungsrechtlichen Grundsätze gestatteten eine solche einseitige Verfügung nämlich nicht. Der berechtigte Protest der Berliner Parlamentarier war indes vergeblich. Das Schicksal der preußischen Revolution ließ sich nicht mehr wenden. Am 10. November marschierte General v. Wrangel an der Spitze einer 15 000 Mann starken Streitmacht in die Stadt ein.

Am 12. November ließ Wrangel für „die Stadt Berlin und deren zweimeiligen Umkreis“ den Belagerungszustand verkünden. Damit waren „alle Clubs zu politischen Zwecken“ und ebenso alle Versammlungen unter freiem Himmel verboten. „Plakate, Zeitungen und andere Schriften“ durften „nur gedruckt, öffentlich verkauft oder durch Anschlag verbreitet werden“, wenn „das hiesige Polizeipräsidium die Erlaubniß hierzu erteilt“ hatte. Der Sieg der „Partei der Ordnung“ in den Hauptstädten der drei europäischen Großmächte besiegelte das Schicksal der europäischen Revolution. Die Bewegungen und Kämpfe des Jahres 1849, einschließlich der sogenannten Reichsverfassungskampagne, waren nicht mehr als ein Nachhall.

Das galt auch für die republikanische Revolutionsregierung in Baden. Die durch Freiwillige aus anderen Teilen Deutschlands und ganz Europa verstärkten Revolutionsarmeen konnten den zahlenmäßig und waffentechnisch weit überlegenen gegenrevolutionären Truppen unter der Führung des preußischen Kar-

tätchenprinzen Wilhelm I. auf Dauer jedoch nicht standhalten. Am 23. Juli 1849 mussten schließlich auch die in der nordbadischen Festung Rastatt eingeschlossenen sechstausend Soldaten und bewaffneten Revolutionäre bedingungslos kapitulieren.

Im benachbarten Ungarn zwang die starke Armee der magyarischen Freiheitsbewegung die militärischen Kräfte der habsburgischen Gegenrevolution noch bis in den Sommer 1849 hinein in die Defensive. Erst mit Unterstützung zaristischer Truppen in einer Stärke von mehr als 100 000 Mann, gelang es den Habsburgern, der ungarischen Revolution am 13. August 1849 ein Ende zu bereiten. Bereits zuvor, Ende Juli, musste die kleine Revolutionsarmee der Anfang 1849 ausgerufenen römischen Republik unter Giuseppe Garibaldi den überlegenen französischen, österreichischen, spanischen und sizilianischen Truppen weichen. Am 22. August 1849 kapitulierte schließlich auch die schon lange vom Festland abgeschnittene Republik Venedig. Das war der Schlussstrich unter die europäische Revolution von 1848/49.